

Karola Stange - Oberbürgermeister*inkandidatin DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Flurschütz und alle Wohnopianer*innen,

danke für Ihre wichtigen Fragen/Wahlprüfsteine im Zusammenhang mit Wohnen und Lebensqualität in Erfurt. Diese Thematik ist sehr komplex und Bedarf guter gemeinsamer Kommunikation mit allen Beteiligten, vor allem den Menschen die in Erfurt leben. Gern lade ich Sie ein auch in diesem Bereich nach dem Motto: Gemeinsam.Gerecht.Gestalten. ins Gespräch zu kommen. Ihre Fragen beantworte ich Ihnen wie folgt.

Wahlprüfsteine Wohnopia

1. Welche Ansätze der kommunalen Boden-, Liegenschafts- und Wohnungspolitik werden Sie verfolgen und nach Ihrer Wahl umsetzen?

Boden ist als nicht vermehrbare und immobilere Produktionsfaktor ein spezielles Wirtschaftsgut, mit immensen ökonomischen und sozialen Konsequenzen. Aus diesem Grunde ist Bodenpolitik und mithin auch kommunale Liegenschafts- und Wohnungspolitik nicht nur dem freien Markt zu überlassen, sondern aktiv zu regulieren um die Interessen der Öffentlichkeit, wo es geboten ist, gegen diejenigen der Marktteilnehmer durchzusetzen und zu verteidigen.

Für mich als Oberbürgermeisterin steht der Erhalt und Ausbau kommunaler Wohnungsbestände und einer kommunalen Bodenbevorratung auf der Liste der strategischen Ziele. Dabei sollte die Vielfalt der Eigentumsformen in den Vordergrund treten und aktiv durch die Stadt gefördert werden. Die Verhältnisse des Kapital- und Immobilienmarktes müssen durch aktive Maßnahmen reguliert werden, so dass die Kapitalschwäche der strukturell benachteiligten Akteure ausgeglichen werden kann. Andere Städte machen es vor: Eigentümer- und Bauherrengemeinschaften entwickeln gemeinsam mit der Kommune neue Wohn- und Gewerbegebiete. Mietergenossenschaften erwerben Wohnhäuser, sanieren diese und stellen langfristig preiswerten und selbstverwalteten Wohnraum her. In Erfurt finden solche Initiativen bislang nur wenige Partner in der Stadtverwaltung. Ich will als Oberbürgermeisterin gerade für solche „Investor_innen von unten“ Ansprechpartnerin sein und eine aktive, am Gemeinwohl und den kommunalen Interessen geleitete Wohnungs- und Bodenpolitik betreiben. Dazu gehört auch die Gründung einer professionellen städtischen Entwicklungsgesellschaft, die kooperative Modelle kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungspolitik aktiv betreiben soll. Die Entwicklung des Gebietes sind ein mahnendes Beispiel für ein Desinteresse und Versagen von Politik und Verwaltung. Um es künftig besser zu machen, braucht es den

politischen Willen und eine Verwaltung, die die entsprechenden Fähigkeiten und Fertigkeiten mitbringt, aktiv zu agieren. Dazu muss im Rahmen der Personalentwicklung die Einstellung fachkundiger im Vordergrund stehen.

--

2. Inwieweit unterstützen Sie die von uns in unserem Strategiepapier vorgeschlagenen Ansätze einer nachhaltigen, sozialen kommunale Boden-, Liegenschafts- und Wohnungspolitik für die Stadt Erfurt - das sind insbesondere

die Anwendung des Konzeptverfahrens, die Vergabe von Erbbaurecht, die Förderung Kooperativer Bau- und Wohnformen (s. Anhang)?

In welchem Zeitraum und mit welchen Maßnahmen möchten Sie diese Ziele erreichen?

Ich unterstütze die Positionen im angesprochenen Papier sehr deutlich. Allerdings haben die bisherigen Versuche solcher Projekte gezeigt, dass einige Akteure in Politik, Wirtschaft und Verwaltung diese Ziele zumindest nicht unterstützen. Das macht die Durchsetzung schwierig, wie sich am Beispiel Grolmannstraße zeigt. Dieses Zusammenwirken von unterschiedlichen Erwartungen, Möglichkeiten, Kenntnissen und die Probleme der Kommunikation haben m.E. zu einem Scheitern dieses Projekts geführt. Für künftige Projekte ist aus diesen Fehlern zu lernen und es braucht mehr öffentlichen Druck, um solche Projekte durchzusetzen!

Zudem streitet DIE LINKE für den Erlass einer Vergaberichtlinie zur Vergabe von Immobilien und Grundstücken, damit soziale und gemeinwohlorientierte Belange tatsächlich ein scharfes Vergabekriterium werden können. Dazu wurden bereits Anstrengungen im Stadtrat und den einschlägigen Ausschüssen unternommen, ein Entwurf der Vergaberichtlinie wurde mehrfach vom Liegenschaftsamt angekündigt, jedoch bis heute nicht vorgelegt.

Als Oberbürgermeisterin möchte ich, dass im Rahmen der Bauleitplanung nach BauGB die volle Bandbreite der rechtlichen Bindungen und Festsetzungen genutzt wird, um nicht nur ökologischen oder stadtgestalterischen, bzw. denkmalpflegerischen Belangen Rechnung zu tragen, sondern ebenso sozialen und kulturellen Interessen der Allgemeinheit. Ebenso muss kommunale Bodenpolitik ein Instrument der Umverteilung sein. Wer Gewinne aufgrund der Spekulation auf Grund und Boden macht ist ebenso verpflichtet Beiträge für die Allgemeinheit zu leisten.

Deshalb strebe ich als Oberbürgermeisterin an, dass bei Neubauprojekten, sowohl soziale, als auch kulturelle Zweckbindungen prinzipiell verankert werden müssen. Das betrifft sowohl den sozialen Wohnungsbau, als auch die Möglichkeit in neuen Gewerberäumen Flächen für Künstler und

Kulturschaffende preiswert anzubieten. Ebenso ist DIE LINKE seit Jahren bei Immobilienverkäufen, sowohl der Stadt, als auch der Kowo, sehr zurückhaltend, aber bisher nicht mehrheitsfähig im Stadtrat. Wir wollen gern eine andere kommunale Wohnungspolitik durchsetzen, was uns zwar qua Stadtratsbeschlüssen an verschiedenen Stellen gelungen ist, allerdings handelt die Verwaltung nicht immer danach. Beispiel: Bündnis für gutes Wohnen. Auf Nachfragen und Diskussionen in den entsprechenden Ausschüssen stellte die Verwaltung klar: Ein Bündnis, im Sinne eines runden Tisches und gemeinsamer Diskussionen wird es und soll es nicht geben.

Ich weiß mich mit meiner Fraktion einig, wenn ich sage, dass ich als Oberbürgermeisterin und Stadträtin gern mit Initiativen wie wohnopia und Erfurt für Alle zusammenarbeiten möchte.

3. Wie werden Sie die Verwaltung in die Lage versetzen, die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen abzusichern? Beabsichtigen Sie, ggf. externe Expertisen einzubeziehen?

Ich werde ein Personalentwicklungskonzept erarbeiten und strategische Schwerpunkte und Aufgaben identifizieren. Im Anschluss werde ich auch mit ungewöhnlichen personellen Vorschlägen die Verwaltung in diesem Bereich stärken. Die Verwaltung braucht viele spezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten, sie braucht rechtliche Kenntnisse, um eine Neuausrichtung und aktive Gestaltung auch tatsächlich umzusetzen. Das Beispiel der Kulturlotsen zeigt, dass Fachverstand von außen die Verwaltung und die Zusammenarbeit mit Akteuren durchaus beleben kann. Warum eigentlich keine Projektlotsen für Wohnungsprojekte?

4. In welcher Form beabsichtigen Sie, die Öffentlichkeit in die unterschiedlichen Entscheidungen und Prozesse einzubinden und zu beteiligen?

Zunächst sei vorgestellt, dass eine aktive, selbstbestimmte Wohnungspolitik auch Träger_innen finden muss, die solche Ideen mit Leben erfüllen. Es muss gelingen, solche Träger_innen zu vernetzen und zu organisieren, damit sie ihre Interessen tatsächlich wahrnehmbar artikulieren und durchsetzen können.

Um solchen Projekten Chancen einzuräumen, wären Modelle der „betreuten Entwicklung“ vorstellbar, sodass Kenntnisse und Erfahrungen behutsam weitergegeben werden können und sich solche Projekte tatsächlich auch finden können. Dazu möchte ich gern eine Kontaktbörse einrichten, die Interessierte zusammenbringt. Auch möchte ich, wie oben beschrieben, gern eine kommunale Ansprechstelle für Haus- und Wohnprojekte einrichten. Diese kann dann Projekten ganz gezielt auf den Weg helfen. In anderen Bereichen ist solch ein Bürgerservice Gang und Gäbe, etwa bei der Wirtschaftsförderung.

Außerdem möchte ich regelmäßigen Austausch fördern und das vom Stadtrat beschlossene „Bündnis für gutes Wohnen“ endlich mit Leben erfüllen. Dabei spielen nicht nur privatwirtschaftliche Akteure und Entwicklungsgesellschaften eine Rolle, sondern gerade auch Initiativen, wie Erfurt für Alle und wohnopia. Über weitere Hinweise zu guter Öffentlichkeitsarbeit, zu breiterer Partizipation und für weitere wohnungspolitische Hinweise bin ich sehr interessiert und gern können wir den Austausch fortsetzen.